97-84234-18

Unruh, Peter

Vom Zusammenbruch des deutschen Imperialismus...

Berlin

1919

97-84234-18
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD

308
Z
Box 856

Unruh, Peter
Vom Zusammenbruch des deutschen Imperialismus bis zum Beginn der proletarischen Revolution. Berlin, 1919.
29 p.

At head of title: Serie II. Hochaktuell!

1. Germany - Pol. & govt. - 20th cent.
2. Communism - Germany.

RESTRICTIONS ON USE: *Reproductions may not be made without permission from Columbia University Libraries.*

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 11:1 IMAGE PLACEMENT: IA IIA IB IIB

DATE FILMED: 11-6-97 INITIALS: AP

TRACKING # : 28912

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

Serie II

Hochaktuell!

Vom Zusammenbruch des deutschen Imperialismus bis zum Beginn der proletarischen Revolution

308
Z
OX 856

Von

Peter Unruh

Hochaktuell!

BERLIN
im Januar 1919

MAR 21 1955 KM

Inhaltsverzeichnis.

Einleitung 3
Der Zusammenbruch des deutschen Imperialismus 5
Die Politik der Sozialdemokratie 7
Die Politik der Unabhängigen 9
Der Militärputsch 11
Sozialdemokraten und Unabhängige in der Regierung 13
Das Erfurter Programm 15
Die Nationalversammlung 17
Der Achtstundentag 18
Die alte Regierung 20
Die Räte 22
Treibende Kräfte 24
Die proletarische Revolution beginnt 27

Einleitung.

Der Weltkrieg ist beendet. Er führte in Rußland zum Zusammenbruch des zaristischen Systems und zur Etablierung der kommunistischen Sowjetrepublik. Er löste den Bund der Mittelmächte in seine Bestandteile auf, brachte die Türkei unter die Herrschaft Englands, löste in Bulgarien revolutionäre Strömungen von tiefgreifendster Wirkung aus, zerschlug die alte morsche Donaumonarchie und trieb Deutschland auf den Weg zur sozialdemokratischen Republik. Umwälzungen in Ost- und Mitteleuropa — das ist das vorläufige Ergebnis des gigantischen Ringens von viereinhalb Jahren.

Der Weltkrieg ist beendet. Aber der Weltfriede ist noch nicht da. Und es hat den Anschein, daß er heute ferner ist denn je. Wäre das alte imperialistische Regiment der Mittelmächte nur militärisch niedergeworfen worden, ohne in seinem politischen Bestand angetastet worden zu sein, nun, so wäre der Friedensschluß der rein mechanische Abschluß des Krieges und verhältnismäßig leicht zu bewerkstelligen. Jetzt aber sind die alten imperialistischen Regierungen der Mittelmächte zum Teil gestürzt, zum Teil mit kleinbürgerlich-sozialdemokratisch-republikanischen Elementen durchsetzt; das heißt, es ist dem Weltkrieg eine Periode politischer Umwälzungen gefolgt, und es machen sich Zeichen genug bemerkbar, daß diese politische Umwälzung sich zu einer sozialen Revolution auswachsen wird. In einer solchen Zeit stetiger Umwälzung, stetiger Unruhe, stetiger Neubildungen kann vom Frieden nicht geredet werden. Heute stehen die Ententemächte noch in all ihrer Siegerherrlichkeit da. Aber in Frankreich, in Italien gärt es. Aus England, namentlich aus Schottland kommen Meldungen über zunehmende Streikbewegungen. Andere Meldungen lassen die in der Entente bestehenden Gegensätze zwischen den Vereinigten Staaten und England einerseits, zwischen den Vereinigten Staaten und Japan andererseits immer deutlicher erkennen. Dazu operiert die Entente noch aktiv militärisch in Rußland, um die Sowjetrepublik zu stürzen und kapitalistische Verhältnisse wiederherzustellen. Eins ist sicher: auch die Entente hat keine Ruhe. Sie will gewiß den Frieden; aber auch sie wird ihn nicht finden.

Was geht aus alledem hervor?

Wir sind in eine Epoche politischer und sozialer Umwälzungen eingetreten, die weit über den Rahmen der Mittelmächte hinausgreifen, die den ganzen europäischen Kontinent erfassen, die den Ausgangspunkt bilden für die Weltrevolution. Die Weltrevolution — sie ist das ureigene Ergebnis des Weltkrieges.

In einer solchen Zeit riesigster historischer Begebenheiten ist es nötig, sich Rechenschaft abzulegen über das, was vorgeht, in aller Klarheit die Geschehnisse zu zergliedern, um ihres Wesens Kern zu erkennen. Nur aus dieser Erkenntnis heraus kann man den Platz wählen, auf dem einer stehen muß, um in die Ereignisse dieser bewegten Zeit aktiv eingreifen zu können. Heute muß sich jeder entscheiden. Heute gilt nur ein Für oder Wider, ein Hüben oder Drüben. Heute muß jeder wählen, ob er mit den Ergebnissen sich abfinden will oder ob er sich einsetzen muß für die Fortentwicklung der Dinge. Wir wollen durch eine ganz sachliche, objektive Darlegung der Verhältnisse den Boden untersuchen, auf dem sich die Kämpfe dieser Zeit abspielen. Die Kämpfer mögen sich dann ihren Kampfplatz wählen.

Der Zusammenbruch des deutschen Imperialismus.

Der Weltkrieg war der Zusammenprall weltpolitischer Gegensätze, namentlich des Gegensatzes zwischen dem alten Weltreich England und der jungen Weltmacht Deutschland. Das Ziel war auf der einen Seite die Festigung der englischen Weltmacht durch die Herstellung eines geschlossenen afrikanischen Reiches, das mit Hilfe des syrisch-mesopotamisch-persischen Gürtels mit Vorderindien verbunden werden sollte. Dieses Ziel setzte die Aufteilung der Türkei voraus. Auf der anderen Seite erstrebte Deutschland die Durchdringung der Türkei, des Reiches sämtlicher Muselmanen, mit deutschem Kapital. Dieses Ziel setzte die Erhaltung der Türkei voraus und darüber hinaus die Ausbreitung der türkischen Herrschaft über ganz Vorderasien und Nordafrika. Hier kollidierten Interessen von so tiefer Gegensätzlichkeit, daß die blutige Austragung die unvermeidliche Folge war. Wohl weiß man, daß die unmittelbare Veranlassung zum Kriege das provokatorische Ultimatum Österreichs an Serbien bildete; aber die Ursache zum Kriege lag im gesamten weltpolitischen System, das durch die neueste Entwickelung des Kapitalismus und des Imperialismus hervorgebracht wurde. Weltkriege sind vom Imperialismus unzertrennlich; ja, der Imperialismus treibt in seinen tiefsten Tendenzen immer wieder zu weltpolitischen Gegensätzen von solcher Spannkraft, daß sie schließlich in Weltkriegen ihre Lösung suchen. Sieht man nur auf die äußeren Anlässe, so gibt es Schuldige am Kriege. Bohrt man in die tieferen Zusammenhänge hinein, so stößt man auf objektive Kräfte, die jene Schuldigen mit innerer Notwendigkeit in ihren Dienst ziehen. Die Bestrafung von Schuldigen schafft keine Weltkriege aus der Welt. Die Beseitigung jener objektiven wirtschaftlichen Triebkräfte macht jeden Weltkrieg in aller Zukunft unmöglich.

Was damals unter einem Schwall von Phrasen über die angebliche Verteidigung des Vaterlandes bis zur Undurchsichtigkeit verhüllt wurde, liegt jetzt klar vor aller Augen: nicht um die Verteidigung des Vaterlandes ging dieser Weltkrieg, sondern um die Eroberung ausgedehntester Absatzgebiete für das internationale Kapital. Nur durch den Zusammenprall so riesiger Interessengegensätze war es möglich, daß der europäische Krieg zum Weltkrieg wurde.

Als der deutsche Imperialismus in den Krieg zog, tat er es im Vollbewußtsein seiner jungen Kraft. Er glaubte es mit einer Welt von Feinden aufnehmen zu können. Aber die erste Marneschlacht zog ihm bereits eine deutlich erkennbare und nicht mehr überschreitbare Grenze. Nicht die Tatsache, daß der große Einbruch in Frankreich mit dem Ziel Paris nicht auf den ersten Hieb gelang, leitete die deutsche Katastrophe ein, sondern die Tatsache, daß durch das Fortwälzen der Westfront von den Vogesen bis an die Nordsee eine Kampfform

geschaffen wurde, an der der deutsche Militarismus sich zerreiben mußte. In den Unterständen der Westfront ging der deutsche Militarismus unter. Nach den ersten Einbrüchen in Frankreich, nach dem Siegesmarsch durch Belgien ist der deutschen Strategie im Westen keine militärische Operation mehr geglückt.

Sie hat im Osten den großen Durchbruch erwirkt und damit den Sturz des Zarismus herbeiführen helfen. Aber an dem Feuer, das die deutschen Waffen im Osten entfachten, hat der deutsche Militarismus sich selbst die Finger verbrannt. Kein noch so durchgreifender militärischer Erfolg im Osten vermochte die Widerstandskraft des deutschen Militarismus mehr zu erhöhen. Im Gegenteil. Jeder neue Sieg brachte die Heere tiefer in das revolutionäre Rußland hinein, erhöhte den Machthunger der alldeutschen Welteroberer, erhöhte damit den Widerstand der revolutionären Energien in Rußland. Jeder neue Sieg durchsetzte die deutschen Ostheere mit revolutionären Elementen, breitete den Bazillus des Bolschewismus auch in den Reihen der deutschen Soldaten aus.

Im Westen gab das Stilliegen in den Schützengräben den Millionen Zeit und Muße, über den Sinn des Krieges nachzudenken. Im Osten schlug die revolutionäre Woge direkt in die deutschen Kadres hinein. So wurde das stolzeste Heer, das je die Weltgeschichte gesehen hat, innerlich zermürbt.

Und dann kamen die ungeheuren Vernichtungsschläge der Entente. Der Eintritt Amerikas in den Krieg, das Heranwälzen riesiger Tankmassen, riesiger Heeresmassen, riesiger Waffen- und Munitionsvorräte — das besiegelte das Schicksal der ohnehin schon zermürbten deutschen Armeen. Zu alledem kamen noch die Nöte im Innern: Lebensmittelnot, Bekleidungsnot, Wohnungsnot. Der Zusammenbruch war unvermeidlich, zumal da die Bundesgenossen schon mürber waren als Deutschland selbst. Die Türkei, durch den Tripoliskrieg, den Balkankrieg, durch innere Wirren, durch Finanznöte schon beim Eintritt in der Krieg aufs äußerste geschwächt; Bulgarien noch im Blute der großen Entscheidungsschlachten des zweiten Balkankrieges, Österreich-Ungarn eine überlebte historische Rumpelkammer: das waren die Bundesgenossen, mit denen Deutschland einer Welt von Feinden zu trotzen wagte. Der Zusammenbruch mußte kommen.

Die Politik der Sozialdemokratie.

Der Kriegsanfang brachte eine für viele betäubende Überraschung: die internationale revolutionäre völkerbefreiende Sozialdemokratie trat bedingungslos an die Seite der stockreaktionären imperialistischen völkermordenden Machthaber. Sie verleugnete den grundsätzlichen Teil ihres Programms und stützte sich auf die Zustimmung zur Landesverteidigung. Jedoch die Triebkräfte für die Haltung der Sozialdemokratie lagen nicht in Programmpunkten, Parteitagsbeschlüssen, Übereinkommen auf internationalen Kongressen. Sie lagen vielmehr in dem Mechanismus des organisatorischen Apparates, den die Arbeiterbewegung sich in der politischen Partei, den Gewerkschaften und den Genossenschaften gebaut hatte. Diese riesenhaften, Millionen von Arbeitern umfassenden Organisationen beruhten in ihrer materiellen Grundlage auf der Existenz des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft. Es ist kein Zufall, daß die Sozialdemokratie den revolutionären Charakter der Maifeier von einem Jahr zum andern gründlicher abstreifte, daß sie, um Störungen des kapitalistischen Wirtschaftslebens zu vermeiden, den 1. Mai selbstherrlich auf den ersten Sonntag im Mai verlegte und selbst an diesem allgemeinen Feiertag ihre Umzüge noch mit ausdrücklicher Erlaubnis der Polizei arrangierte. Es war kein Zufall, daß die deutsche Sozialdemokratie selbst nach der Auseinandersetzung auf dem Dresdener Parteitag von 1913 nicht imstande war, das Band zwischen den Radikalen und Revisionisten zu lösen. Es war kein Zufall, daß sie sich die revisionistische Taktik immer fester an die bürgerliche Welt fesseln ließ. Es war kein Zufall, daß die Sozialdemokratie das Prinzip des Massenstreiks, zu dem sie sich noch 1905 in Jena bekannt hatte, bereits im Jahre 1906 auf dem Parteitag in Mannheim wieder fallen ließ; denn dieses Prinzip war der Ausdruck des schroffsten Gegensatzes zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Welt. Es war kein Zufall, daß die Sozialdemokratie den preußischen Wahlrechtskampf abwürgte, kein Zufall, daß sie bei den Reichstagswahlen 1912 die Dämpfungstaktik gegenüber den Liberalen empfahl, kein Zufall, daß sie die große Militärvorlage 1912 nicht grundsätzlich bekämpfte, sondern sie mit der Deckungsfrage kompromißlich begünstigte. Es war kein Zufall, daß in der Reichstagsfraktion die Politik der Gewerkschaften den Ton angaben. Und es war schließlich kein Zufall, daß der große Werftarbeiterstreik von 1913 von den offiziellen Instanzen der Partei und Gewerkschaften in einem Wust von Beschlüssen erstickt wurde. Das alles war nur der Ausdruck für die unumstößliche Tatsache, daß die Sozialdemokratie mit der bürgerlichen Gesellschaft auf Gedeih und Verderb verbunden war und daß sie jeden revolutionären Charakter abgestreift hatte, lange bevor der Krieg ausbrach.

Die Kriegspolitik der Sozialdemokratie, die in der Bewilligung der Kredite nur ihren alleräußerlichsten Ausdruck fand, war die konsequente Fortführung aller bisherigen Haltung der Partei und der Gewerkschaften. Die Sozialdemokratie mußte, wenn sie ihr eigenes Wesen nicht aufgeben wollte, die Kriegspolitik der Imperialisten unterstützen. Sie war längst zu einer kleinbürgerlichen Reformpartei geworden und damit in die absolute Abhängigkeit von der bürgerlichen Gesellschaft geraten.

Es gilt, diese Tatsachen in aller Kühle zu betrachten. Nicht ein Verrat der Führer liegt hier vor, sondern eine ganz konsequente Entwicklung. Nur von diesem Standpunkt aus gelangt man zur Einsicht in das bürgerliche Wesen der Sozialdemokratie, gewinnt man die Überzeugung, daß diese Partei und ihre Politik mit der bürgerlichen Gesellschaft steht und fällt. Die Politik der Sozialdemokratie war die Politik des fortgeschrittenen Teils des Bürgertums, und es war nur der Punkt über dem J, als Scheidemann, David und Bauer kurz vor dem Zusammenbruch in die sogenannte Volksregierung eintraten, um in zwölfter Stunde zu retten, was nicht mehr zu retten war. Als der Zusammenbruch des deutschen Imperialismus bereits unvermeidlich geworden war, da pflanzte die Sozialdemokratie im Bunde mit dem Zentrum und den Liberalen, ja selbst der Konservativen noch eine letzte Hoffnung auf die Fortsetzung und glückliche Beendigung des Krieges an der Bahre der nationalen Verteidigung auf. Trotz aller Friedensbemühungen, trotz aller Friedensreden und Friedensartikel hat die Sozialdemokratie ihre Kriegspolitik doch praktisch völlig konsequent bis zu Ende geführt. Sie ist ihrem Wesen nach eine bürgerliche Partei geworden mit einem für bürgerliche Begriffe immerhin ausgedehnten sozialen Reformprogramm. Aber die Partei des Umsturzes ist sie gewesen — wenn sie es überhaupt jemals war.

Die Politik der Unabhängigen.

In der entscheidenden Fraktionssitzung vor Kriegsausbruch erklärten sich einige Mitglieder der Fraktion gegen die Bewilligung der Kriegskredite und damit auch gegen den Krieg. Unter ihnen war auch Haase. In der entscheidenden Plenarsitzung des Reichstages vom 4. August stimmte die gesamte Fraktion, mit Ausnahme Kuhnerts, der nicht anwesend war, für die Kriegskredite und damit für den Krieg. Und Haase war der Wortführer. Diese zwiespältige Haltung der Oppositionellen kennzeichnet die ganze weitere Politik der späteren Unabhängigen. Aus Parteidisziplin stimmten sie für die Kredite. Aus Parteidisziplin blieben sie in den Reihen der Sozialdemokratie auch dann noch, als sie sich, im Dezember 1915, zum ersten Male gegen die Bewilligung der Kredite wandten und im Frühjahr 1916 die Fraktion der Arbeitsgemeinschaft bildeten. Noch ein weiteres Jahr mußte vergehen, ehe die offizielle Sozialdemokratie die Oppositionellen zur Gründung ihrer eigenen Partei zwang. Von dem Augenblick an nannten sie sich Unabhängige.

Die Unabhängigen haben die Kriegskredite abgelehnt. Damit bekundeten sie ihre oppositionelle Haltung gegenüber allen anderen Parteien des Reichstags. Diese Ablehnung sollte das Bekenntnis zur Ablehnung des Krieges sein. Aber den Krieg ablehnen, setzt voraus, daß man die Landesverteidigung ablehnt. Wie stand es damit in den Reihen der Unabhängigen? Haase hatte am 4. August 1914 erklärt: Im Falle der Gefahr lassen wir das Vaterland nicht im Stich. Bei der zweiten Kriegsanleihe widersetzte sich die oppositionelle Richtung der Fraktion diesem Argument immer noch nicht. Die Erklärung Geyers in der Dezembersitzung 1915 war ein direktes Bekenntnis zur Landesverteidigung. Ledebour erklärte: Wenn die Franzosen am Rhein und die Russen an der Oder stehen, verteidigen wir das Vaterland. Bernstein schrieb mehr als zehnmal, daß kein Mensch daran denke, die Landesverteidigung abzulehnen. In allen Erklärungen und Proklamationen der Unabhängigen findet sich kein einziges Wort der Ablehnung der Landesverteidigung. Und bis heute haben die Unabhängigen diese Frage nicht geklärt.

Wozu also die Ablehnung der Kriegskredite? Welches war der Sinn? Es war lediglich eine parlamentarische Aktion, die eine formelle Demonstration bedeuten sollte. Solange die Unabhängigen die Landesverteidigung im imperialistischen Kriege nicht verneinten, war die Ablehnung der Kriegskredite für die Regierung keine Gefahr. Solange blieb es eine parlamentarische Demonstration; gefürchtet wurde nur die politische Aktion.

In der Friedensfrage unterschieden sich die Unabhängigen nicht von den Sozialdemokraten. Beide erstrebten den Frieden der Ver-

ständigung; beide vertraten die Auffassung, daß es in diesem Riesenkriege keine Sieger und keine Besiegten geben werde; beide wandten sich gegen Annexionen und Kontributionen. Beide wollten das Schwergewicht künftiger internationaler Entscheidungen in die Schiedsgerichte verlegen. Beide vertraten die Forderung der Abrüstung. Beide verlangten das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Sie trieben diese Politik angesichts der Niederwerfung des Zarismus, des ersten großen Besiegten, angesichts der Niedertrampelung Belgiens, Serbiens, Griechenlands, der ersten Opfer der Gewaltherrschaft der großkapitalistischen Militärmacht, angesichts des Friedens von Brest-Litowsk, der ein Faustschlag gegen die Forderungen der Annexionslosigkeit, des Selbstbestimmungsrechts und des Verzichts auf Kriegsentschädigung war. Die Unabhängigen und die Sozialdemokraten blieben bei ihrer Politik und ihren pazifistischen Idealen der Abrüstung auch dann noch als Amerika mit seinen Riesenrüstungen in den Krieg eintrat.

Heute ist der Weltkrieg beendet. Wo sind die Ideale der Unabhängigen geblieben? Wird die siegreiche Entente auf Annexionen, etwa auf Elsaß-Lothringen, verzichten? Wird sie verzichten auf Kriegsentschädigungen? Wird sie den Deutschen ein Selbstbestimmungsrecht lassen? Wird sie abrüsten, da sie sich noch im Kampfe mit zahllosen Mächten innerhalb und außerhalb ihrer eigenen Reihen sieht? Wird sie darauf verzichten, als Sieger zu gelten und als Sieger zu handeln? Die Politik der Unabhängigen ist durch den Gang der Ereignisse in die schwerste Bedrängnis geraten.

Die Unabhängigen waren nach der Verurteilung Liebknechts die einzige oppositionelle Gruppe im Reichstag. Wir sehen, daß sie sich in wesentlichen Punkten ihrer Politik nicht von den Sozialdemokraten unterschieden. Haben die Sozialdemokraten die Kriegspolitik grundsätzlich mitgemacht, so haben die Unabhängigen diese Kriegspolitik nicht grundsätzlich bekämpft.

Der Militärputsch.

Die Politik der Großindustriellen, der Großagrarier und der Großfinanz, die tonangebend in Deutschland war, hat den Krieg bis in seine letzten Konsequenzen getrieben. Jede Friedensmöglichkeit hat sie als Verbrechen, jedes Friedensangebot als Schwäche denunziert. Der Friede von Brest-Litowsk, diktiert vom Gewaltwillen des Siegers, hat den Alldeutschen die Hoffnung auf den Endsieg zur Gewißheit gemacht. Das Millionenheer von der Ostfront nach der Westfront geworfen, unterstützt von Österreichern, Ungarn, Bulgaren — das mußte die Stellungen der Alliierten überrennen: der Endkampf stand bevor; der Sieg konnte nicht ausbleiben. Nur ein übermächtiger Offensivstoß — und das heißersehnte Ziel war erreicht.

In Brest-Litowsk rangen zwei unversöhnbare Welten miteinander. Imperialismus und Kommunismus standen einander als Todfeinde gegenüber. Und draußen lagerten die Heere, die Millionen todesmüder Soldaten. Die einen, denen der nahe Friede winkte. Die andern, vor denen die Hölle des Westens lag. Und es wurden Verbrüderungsszenen gefeiert. Russische und deutsche Soldaten lagen einander in den Armen. Aber das russische Heer war verseucht; es trug in sich den Bazillus der proletarischen Revolution, da die alte staatliche Herrlichkeit zu zersetzen begann. Es war ein sehr gefährlicher Bazillus, für den Imperialisten gefährlicher als Seuche und Pest. Und in den Freudenfesten an der Ostfront breitete er sich über die deutschen, österreichischen und bulgarischen Heere aus. Im Blut der Schlachten war der Tod dem deutschen Imperialismus als Freund genaht. Im Freudentaumel des Waffenstillstandes nahte er ihm als Würger. „Die Verbrüderungsszenen müssen aufhören!" Das war der erste Angstschrei des in seinem innersten Wesen Getroffenen. Mit diesem Heer, das den Bazillus der Zersetzung in sich trug, ließen sich keine Riesenschlachten mehr schlagen, keine Weltkriege mehr gewinnen. Ein einziger kurzer Vorstoß im Westen gelang noch. Dann kam das Stocken, der Mißerfolg, das immer vergebliche Versuchen, der Rückschlag, die Rückzüge, die Katastrophe.

Der Krieg hatte das Volk in Waffen geschaffen; er hatte die Bewaffnung des Volkes restlos durchgeführt, und er hatte alles, was seine Hände noch rühren konnte, in den Dienst der Kriegführung gepreßt. Aber die Gleichheit der Uniformen, das Einerlei des Grau in Grau, schuf noch längst keine Gleichheit der Interessen, keine Gleichheit des Denkens, des Fühlens und Wollens. Im ersten Rausch wurde alles Denken umnebelt von dem Gedanken an das Vaterland. Der Krieg löste langsam aber sicher die Interessengegensätze, die im Volksheere nur schlummerten aber nicht gestorben waren, wieder aus und rief sie ins historische Leben zurück. Lange schon ging ein Murren durch das Heer. Die Zahl der Deserteure und Überläufer

wurde legionenhaft. Meutereien kleiner und großer Verbände wurden zu Tagesbegebenheiten. Es war in allem kein offener Kampf gegen den Krieg; es war passive Resistenz. Diese zermürbten Heere waren für den Krieg nicht mehr zu gebrauchen; aber sie wollten auch nicht gegen den Krieg kämpfen. Darum brach die Bewegung unter den Soldaten hoch, nicht, als der deutsche Imperialismus noch an den Sieg glaubte, sondern als Hindenburg und Ludendorff selbst zum Frieden gedrängt hatten, als der Friede sozusagen eine offizielle Angelegenheit geworden war. Darum waren die Begebenheiten vom November keine Revolution, sondern vorwiegend ein Militärputsch. Und es ist eine der großen Ironien, die sich die Weltgeschichte hin und wieder erlaubt, daß die Sozialdemokratie, die mit voller Überzeugung sich dagegen verwahrt hat, jahrzehntelang, mit Hilfe eines Putsches zur Macht gelangen zu wollen, ausgerechnet durch den größten Putsch aller Zeiten in den Besitz der politischen Gewalt kam. Putsche sind Ergebnisse des Augenblicks. Was sie hervorbringen, ist nicht von Dauer. Die Soldaten warfen ihre Waffen weg, rissen die Kokarden herunter, schwenkten rote Fahnen, fuhren in Automobilen durch die Stadt und hielten Reden, räumten verwaiste Kommandanturen, besetzten öffentliche Gebäude der alten Regierung: alles, ohne erheblichen Widerstand zu finden. Die Bewegung war legalisiert. Die Regierungen waren darauf gefaßt und widersetzten sich nicht. Der einzige Widerstand kam, an wenigen Orten, von dem klassenbewußtesten Teil der Bourgeoisie, den Alldeutschen, Offizieren, Kadetten, Jungdeutschlandbündlern. Im übrigen aber fügte sich die Bourgeoisie in das, was sie selber wollte. Sie begehrte den Frieden. Warum sollte sie sich einer Bewegung widersetzen, die diesem Begehren erhöhten Nachdruck verlieh?

Dennoch bezeugte der Militärputsch ein Ereignis von höchster historischer und politischer Bedeutung. Die Armee, das Volksheer, die Stütze der politischen Herrschaft der Bourgeoisie, war zusammengebrochen. Die Bourgeoisie hatte im Augenblick kein politisches Machtmittel mehr in der Hand. Das war das Entscheidende. Und alle Fortgang der Bewegung hing nur noch davon ab, ob die Bourgeoisie imstande war, sich schnell wieder in den Besitz politischer Machtmittel zu bringen oder nicht.

Sozialdemokraten und Unabhängige in der Regierung.

Der Militärputsch brachte die Sozialdemokratie und die Unabhängigen in die Regierung. Die bürgerlichen Parteien hielten sich zurück. Sie mußten sich erst finden, um ihre besonderen Ansprüche anmelden zu können.

Die sozialistische Regierung begann damit, daß sie die alten Regierungsorgane bestehen ließ. „Am Tage nach der Revolution" wurden die Waffenstillstandsbedingungen der Entente bekannt. Wer sollte sie beantworten? Herr Ebert? Herr Scheidemann? Herr David? Sie, die die politische Macht in Händen hatten, wie sie sagten? Die Entente hätte ihnen erklärt: Wir wissen nichts von einer Regierung Ebert. Das wußten die Sozialdemokraten. Darum verzichteten sie auf eine so wichtige politische Mission. Die Antwort wurde durch Herrn Dr. Solf erteilt. Herr Dr. Solf? Woher kam er? Er war geblieben, wo er gewesen war. Niemand hatte sich um das alte Auswärtige Amt gekümmert. Die Bewegung war an den Ministersesseln derer um Solf vorübergerauscht. Warum sollte Herr Solf die Sache der sozialistischen Regierung nicht in die Hand nehmen? Er erwirkte innerhalb 24 Stunden mildere Bedingungen. Die Entente wußte damit, daß die deutsche Regierung noch auf ihren alten Füßen stand.

Die Waffenstillstandsverhandlungen wurden deutscherseits durch Herrn Erzberger geführt. Herr Erzberger? War er über Nacht zum Sozialisten avanciert? Es war wieder ein kleines Versehen passiert. Auch in der Waffenstillstandskommission war die Bewegung vorübergerauscht. Sie stammte zwar noch aus der Zeit der Volksregierung der Mehrheitsparteien. Aber die Regierung Ebert-Haase hatte keinen Anlaß, sie ihres Amtes zu entheben. Herr Erzberger verhandelte weiter. Herr Solf verhandelte weiter. Beide im Namen der rein sozialistischen Regierung in Deutschland. Ein paar Tage später gab die rein sozialistische Regierung bekannt, daß alle alten Ressortminister des Auswärtigen Amtes wieder amtierten.

Und auch an Herrn Scheüch war die Bewegung vorübergerauscht. Herr Scheüch? Hatte er nicht die Kriegspolitik der letzten Zeit betrieben? Hatte er nicht den Gedanken der nationalen Verteidigung propagiert? Hatte er nicht gegen die Presse der Unabhängigen seine Kanonen aufgefahren? Auch Herr Scheüch, auch das alte Kriegsministerium war ein unentbehrliches Glied der neuen, rein sozialistischen Regierung. Und dann kamen die alten Polizeiorgane, die alten Justizorgane. Das Bürgertum erkannte, daß die Säulen seiner politischen Macht noch nicht alle geborsten waren. Es besann sich, daß es an der Zeit sei, sich zur Verfügung zu stellen. Die rein sozialistische Regierung Ebert-Haase stützte sich auf den alten Machtapparat der

Bourgeoisie. Aber man kann nicht regieren, ohne positive Arbeit zu leisten. Die Sozialdemokraten vereinigten sich mit den Unabhängigen, um das neue Deutschland aufzubauen. Haase, Ledebour, Dittmann, der ehemalige Landesverräter, Ströbel, Kautsky, Rosenfeld, Eichhorn, Adolf Hoffmann — sie alle stellten sich in den Dienst der Sozialdemokratie. Der Bruderzwist war beseitigt, die Streitaxt begraben. Die neue Republik reichte von Solf und Scheüch über Ebert und David bis zu Haase und Ledebour. Und diesen Kreis umspannte auch die rein sozialistische Regierung. Was kann, was muß eine rein sozialistische Regierung als erstes schaffen?

Das Erfurter Programm.

Keine Regierung kann auch nur einen Tag bestehen ohne materielle Gewalt hinter sich. Die materielle Gewalt besteht im Besitz der Gewehre. Das Erfurter Programm, das unter der rein sozialistischen Regierung seiner Verwirklichung harrt, fordert die allgemeine Volksbewaffnung als Vorbedingung für die politische Macht der Arbeiterklasse. Allgemeine Volksbewaffnung. Volkswehr. Hat nicht der Krieg das Volk in Waffen hergestellt? Hat damit nicht der Imperialismus eine seiner wichtigsten historischen Aufgaben erfüllt? War das Volksheer des Imperialismus nicht die Volkswehr? In der Tat: Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, Volksbewaffnung — das war das Werk des Imperialismus. Er konnte es nicht gründlicher durchführen, und er hat diesen Einrichtungen internationale Geltung verschafft. England und die Vereinigten Staaten mußten die allgemeine Wehrpflicht durchführen. Was aber war die erste Tat der rein sozialistischen Regierung? Setzte sie fort, was der Imperialismus begonnen? „Jeder taugliche Bürger sei Wehrmann, die Waffen mögen über seinem Herde hängen" — sagt in Anlehnung an altgermanische Sitten das Erfurter Programm. Was aber tut die Sozialdemokratie? Läßt sie den wehrfähigen Arbeitern in der Montur die Waffen? Organisiert sie die Volksbewaffnung noch gründlicher, als es der Imperialismus vermochte? Sie setzt statt der Bewaffnung die Entwaffnung durch. Sie bedroht jeden Zivilisten, der mit der Waffe angetroffen wird, mit dem Standrecht und jede Militärperson, die unerlaubt Waffen trägt, mit Gefängnis. Sie bildet statt der Volkswehr Bürgerwehren. Statt der Abschaffung der stehenden Heere schafft sie neue Regierungsgarden. Der Bewaffnung der Arbeiterschaft aber widersetzt sie sich mit äußerster Gewalt. Das Militärprogramm der Sozialdemokratie ist durch die imperialistische Entwicklung überholt worden. Der Imperialismus hat gerade den bündigen Beweis geliefert, daß die Volkswehr keine zuverlässige Stütze ist; denn den Zusammenbruch der am festesten gefügten imperialistischen Volkswehr hat die Welt gerade in diesen Tagen erlebt. Die Demokratie des Heerwesens hat sich unter dem Imperialismus als undurchführbar, unter der rein sozialistischen Regierung als utopisch erwiesen.

Wie steht es mit den übrigen Forderungen des Erfurter Programms? Im preußischen Kultusministerium sitzt Adolf Hoffmann. Der Zehn-Gebote-Hoffmann, wie man ihn wegen seiner temperamentvollen antireligiösen Propaganda nannte. Er will in Preußen Ernst machen mit der Trennung von Staat und Kirche und der Erklärung der Religion zur Privatsache. Die nächste Folge ist, daß das katholische Rheinland mit dem territorialen Abfall von Preußen droht.

In Bayern ist eine ähnlich starke Bewegung unter den Klerikalen gegen ähnliche Versuche Eisners im Gange. In anderen Gegenden kümmert sich die sozialistische Landesregierung nicht um die Durchführung dieses Programmpunktes. Und wo sie sich darum kümmert, ruft sie den Widerstand der bürgerlichen Welt hervor. Wenn aber Truppen einziehen, wenn Soldaten vereidigt werden auf die junge Republik, dann läuten die Glocken der Kirchen wie zu einem hohen christlichen Festtage, und von den Kanzeln klingt das Lob der neuen Zeit, wie noch bis vor kurzem das Lob des Krieges erklang. Die Kirche läßt sich nicht vom Staate trennen, solange der Staat besteht. Und die Religion ist Privatsache des Privateigentums. Die Privatsache des Privateigentums aber ist die politische Herrschaft der Bourgeoisie.

Wie steht es mit dem Schulprogramm der Sozialdemokratie? Die Sozialdemokratie fordert die Einheitsschule. Die Einheitsschule ist die Durchführung der Demokratie auf dem Gebiete des Schulwesens. Sie bedeutet die Abschaffung des Privilegs der besitzenden Klassen an dem höheren Schulwesen. Sie will es jedem Arbeiterkinde grundsätzlich ermöglichen, die Schulbildung bis zum Abschluß des Universitätsstudiums, der Akademie, des Polytechnikums zu absolvieren. Aber diese Gleichheit des Bildungsganges setzt die Gleichheit der sozialen Lage voraus; denn die Arbeiterkinder können keinen längeren Bildungsgang durchmachen, solange die soziale Lage ihrer Klasse sie mit Notwendigkeit in das Erwerbsleben zwingt. Die Einheitsschule ohne Aufhebung der Klassengesellschaft ist eine ebenso trügerische Utopie, wie die Aufhebung der stehenden Heere im Kassenstaat. Nur auf der Einheit der Klasse kann die Einheit des Bildungsganges erwachsen.

Abschaffung der Todesstrafe, fordert das Erfurter Programm. Die rein sozialistische Regierung proklamierte als eine ihrer ersten Handlungen das Standrecht.

Abschaffung aller indirekten Steuern, fordert das Erfurter Programm. Die rein sozialistische Regierung läßt ein Steuerbukett von vielen Millionen verkünden, zu dessen Deckung indirekte Steuern unentbehrlich sind.

Allgemeines, gleiches, direktes Wahlrecht, fordert das Erfurter Programm. Endlich ein Punkt, der verwirklicht werden soll! Die Nationalversammlung steht vor der Tür!

Die Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung soll der neuen Republik eine feste gesetzgeberische Grundlage geben. Die materiell-ökonomische Grundlage der Republik aber ist nach wie vor das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Die Sozialdemokratie kann und will diese Grundlage nicht beseitigen. Sie hat seit Jahr und Tag gegen jede revolutionäre Erhebung des Proletariats gekämpft, sie hat während der ganzen Kriegszeit ihre Zustimmung und tatkräftige Unterstützung denen gegeben, die an dem Bestand und an der Kräftigung des bürgerlichen Privateigentums aufs tiefste interessiert waren. Sie ist mit ihren gesamten Organisationen in das Gewebe des modernen Finanzkapitals verflochten. Sie ruft die Maschinengewehre gegen den gewaltsamen Umsturz zu Hilfe. Sie vertreibt die Vertreter des kommunistischen Rußland aus den Grenzen des Reiches. Sie verbietet ihnen die Rückkehr. Die Sozialdemokratie steht auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft. Daran ist heute kein Zweifel mehr. Oder würden sich sonst ganze Armeen unter der Führung feudaler Generäle der Regierung Ebert-Haase als Schutz und Schirm zur Verfügung stellen?

Die Sozialdemokratie verlangt nach der Nationalversammlung. Die bürgerlichen Parteien verlangen nach ihr. Hindenburg und Sixt von Arnim, das Oberkommando Ost und das Große Hauptquartier — alle verlangen nach der Nationalversammlung. Glaubt jemand, daß sie nach dem Messer verlangen, das ihnen die Kehle durchschneiden soll?

Die Nationalversammlung soll auf Grund der Verhältniswahl durch das allgemeine Stimmrecht für Männer und Frauen zustande kommen. Sie wird, daran ist keinen Augenblick zu zweifeln, eine bürgerlich-sozialdemokratische Mehrheit hervorbringen. In der Minorität werden die äußerste Rechte und die äußerste Linke sein. Gegen die äußerste Linke aber wird der geeinte bürgerlich-sozialdemokratische Block zusammenstehen. Die Nationalversammlung des demokratischen Wahlrechts ist in jedem Falle ein wenn auch noch so schwaches und brüchiges Bollwerk gegen links, gegen den Kommunismus. Und das soll sie auch sein. In diesem Streben stimmen Bürgerliche und Sozialdemokraten, Unabhängige eingeschlossen, völlig überein. Die Nationalversammlung ist nur ein erneuter Beweis für den bürgerlichen Charakter der Sozialdemokratie, für ihre historische Aufgabe, das bürgerliche Eigentum, die bürgerliche Gesellschaft zu schützen und zu stützen. Mehr ist jetzt über die vielbegehrte Nationalversammlung nicht zu sagen. Das, was sie tun oder auch nicht tun wird, wird für oder gegen sie zeugen.

Das allgemeine Wahlrecht aber war das Zeichen, in welchem die Bourgeoisie über die Arbeiterklasse siegte. Es gab kein anderes für sie.

Der Achtstundentag.

Ein erster positiver Erfolg! Der Achtstundentag ist da! Die Debatten der ersten Internationale steigen in der Erinnerung auf: der Achtstundentag wurde in das Programm aufgenommen, und der 1. Mai sollte die Weltdemonstration sein für diesen Normalarbeitstag als einen ersten sichtbaren Beweis dafür, daß das internationale Proletariat aus der Dumpfheit und Stumpfheit der Ausbeutung zu dem Willen zum menschenwürdigen Dasein erwacht sei. Seitdem demontriert das internationale Proletariat Mai für Mai für den Achtstundentag. Mai für Mai wird es in seiner Forderung weiter zurückgeschlagen, bis es den Mut verliert, den 1. Mai zu einem revolutionären Weltfeiertag zu gestalten, und seine Maifeiern unter dem Segen der christlichen Kirchenglocken am ersten Sonntag des Mai festlich begeht. Die zweite Internationale wollte mit der Maifeier die bürgerliche Welt bezwingen. Die bürgerliche Welt hat indessen die Maifeier zur Legalität gezwungen. Plötzlich aber, am Ende des grausigsten aller imperialistischen Kriege, am Ende des internationalen Völkergemetzels, wird der Achtstundentag Wirklichkeit.

Welch eine Wendung! Ist das nicht ein erster bedeutsamer Schritt auf dem Wege zum Sozialismus? Als die internationale Sozialdemokratie den Achtstundentag forderte, war sie sich darüber klar, daß seine Verwirklichung noch nicht im geringsten an das Grundwerk der bürgerlichen Gesellschaft reichte. Der Achtstundentag bewirkte wohl eine Einschränkung der Ausbeutung, niemals aber ihre Aufhebung. Und tatsächlich ist lange vor dem Kriege, z. B. in der Feinmechanik, der Achtstundentag eingeführt worden. Wenn der Achtstundentag die Grundlage des Kapitalismus, das Privateigentum an den Produktionsmitteln auch nicht entwertet, so ist doch seine Bedeutung für den Fortgang der Revolution nicht zu unterschätzen. Achtstundentag — das bedeutet für die Arbeiter Muße für politische Weiterbildung, für Vertiefung der politischen Propaganda; es bedeutet die Erhöhung der wirtschaftlichen und kulturellen Ansprüche der Arbeiterklasse; es bedeutet die Ausbreitung des revolutionären Gedankens, den Sturz der Kapitalherrschaft und den Kommunismus unmittelbar herbeizuführen.

Indessen, die Durchführung des Achtstundentages durch die sozialdemokratisch-unabhängige Regierung ist noch längst keine Gewähr für das Fortbestehen dieser Errungenschaft. Die Blätter melden, daß die Ententebesatzung in den rheinischen Gebieten bereits den Achtstundentag wieder abgeschafft hat. Das Ententekapital ist noch nicht geneigt, den Arbeitern dieses Zugeständnis zu machen. Und sie wird überall, wo sie festen Fuß faßt und ihre Herrschaft etablieren kann, den Achtstundentag wieder beseitigen. Die deutsche „rein sozialistische

Regierung" aber kann nicht ohne die Hilfe der Entente bestehen, so wenig, wie das deutsche Kapital ohne die Entente bestehen kann. Die Entente wird, wenn sie mit der deutschen bürgerlichen Regierung Frieden schließt, das deutsche Kapital in völlige Abhängigkeit von den amerikanischen Milliardären bringen. Für die Arbeiterklasse aber bedeutet das den Verlust aller sozialpolitischen Errungenschaften. Die sozialdemokratisch-unabhängige Regierung hat den Achtstundentag unter dem Druck der Ereignisse einführen müssen; die Entente aber wird ihn ihr wieder aus der Hand schlagen. Und selbst wenn die Entente ihren wirtschaftlichen und finanziellen Einmarsch in Deutschland nicht halten wird, so wird das deutsche Kapital, nachdem es mit Hilfe der Regierung Ebert-Haase sich wieder in den Besitz der politischen Gewalt gebracht hat, den Achtstundentag so schnell wie möglich aus eigener Machtvollkommenheit wieder beseitigen.

Der Reformteil des Erfurter Programms läßt sich in seinen wesentlichsten Bestandteilen auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft nicht verwirklichen. Das ist die Lehre, die sich aus der politischen Praxis der neuen Regierung ergibt.

Die alte Regierung.

Indem die Sozialpatrioten und die Unabhängigen die Leitung der Räte übernahmen, stempelten sie sie bereits zu Werkzeugen der bürgerlichen Gesellschaft. Aber damit nicht genug. Konterrevolutionär wie sie sind, übernahmen die Sozialpatrioten die Verwaltungseinrichtungen des bürgerlichen Staates und standen damit vor der unlösbaren Aufgabe, diesen Apparat durch eigene Kräfte zu bedienen. Der bürgerliche Staat ist auf der ökonomischen Grundlage des Kapitalismus entstanden; er ist das politische Organ der Bourgeoisie zur Aufrechterhaltung und Erweiterung ihrer politischen Macht. Die staatliche Bürokratie ist mit dem Kapitalismus auf Gedeih und Verderb verschmolzen. Es ist unmöglich, den Kapitalismus von der staatlichen Verwaltungsbürokratie her zu beseitigen, ganz ebenso, wie es unmöglich ist, dem Kapitalismus eine wesentlich andere politische Verwaltungsform als den bürgerlichen Staat zu geben. Läßt man die ökonomischen Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft, die kapitalistische, auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln basierende Produktionsweise unberührt, so muß man auch die gesamten staatlichen Einrichtungen mit übernehmen. Übernimmt man sie aber, so betreibt man nicht die Beseitigung des Kapitalismus, sondern seine Festigung und damit die Festigung der politischen Macht der Bougeoisie. Die Sozialpatrioten, die Regierung Ebert-Haase, stehen und fallen mit dem Kapitalismus. Sie müssen die alte Staatsmaschine in Betrieb halten, wenn sie sich nicht selbst entleiben wollen. Sie begrüßten es daher mit großer Freude, daß die alten Behörden und ihre Organe sich ihnen „zur Verfügung" stellten. Und nun kamen sie in Scharen, die alten Ministerien, die Verwaltungsbeamten, die ganze alte Polizei. Die Justiz hatte von vornherein eine Änderung überhaupt nicht erfahren. Und man sorgte so schnell wie möglich für die nötige Machtstütze. Man entwaffnete schleunigst die Masse der Soldaten, aber man bewaffnete die alte Schutzmannschaft, und man bewaffnete einen Teil der Armee, dessen Gefolgschaft man sich sicher glaubte. Der Belagerungszustand wurde aufgehoben; Standgerichte aber wurden eingeführt. Das Privateigentum wurde für heilig und unverletzlich erklärt. Die Ruhe und Ordnung war wiederhergestellt, die Ruhe und Ordnung des bürgerlichen Staates zur Sicherung des Privateigentums an den Produktionsmitteln; die Ruhe und Ordnung desselben Staates, dessen Politik zum Weltkrieg und zur Katastrophe des Imperialismus geführt hatte. Die Träger der alten Organe stellten sich „zur Verfügung". Und in der Tat: Wenn schon der ganze alte Staatsapparat übernommen wurde, dann war es besser, ihn von denen bedienen zu lassen, die in seiner Handhabung geübt waren, als von den sozialpatriotischen Stümpern. Die alte Regierung war wieder da. Ein paar Sozialpatrioten und Unabhängige wurden als Statisten in sie hineingestellt. Die Arbeit besorgten die, die etwas davon verstanden. Und diese Arbeit geschah im Dienste der Großbourgeoisie. Oder glaubt jemand, daß die Herren Solf und Scheüch über Nacht gelernt hatten, proletarische Politik zu treiben?

Die Räte.

Die Friedensbewegung hatte ein Novum geschaffen: die Räte der Arbeiter und Soldaten, Korporationen, auf die sich in Rußland die Regierung der Sowjets stützt. Allein in Deutschland wurden diese Räte zunächst durch die alten Machthaber und ihren sozialpatriotischen Anhang gefälscht. Ursprünglich die Klassenorgane des Proletariats, wurden sie zu Organen der Bourgeoisherrschaft.

Am meisten gilt das von den Soldatenräten. Man kennt die Art, wie die Soldatenräte daheim und an den Fronten entstanden. Man weiß, daß sich Hindenburg, das Oberkommando Ost, das Große Hauptquartier, die gesamte Generalität den Soldatenräten zur Verfügung gestellt haben. Nur an ganz wenigen Orten sind die Offiziere grundsätzlich von den Soldatenräten ausgeschlossen worden. Die Soldatenräte sind ihrer Mehrzahl nach ausgesprochene Organe der Gegenrevolution. Der Soldatenrat der IV. Armee unter Sixt von Arnim sendet seine Herolde durch das ganze Land, um Propaganda für die sozialpatriotische Regierung Ebert, für die Nationalversammlung, gegen den Spartakusbund zu betreiben.

Die Soldatenräte stützen sich auf die zusammengebrochene Armee, auf das „Volk in Waffen", das sich in diesem Kriege in so ausgedehntem Maße gegen die Interessen des Volkes gebrauchen ließ. Dieses „Volk in Waffen" setzte sich zusammen aus den männlichen Angehörigen des gesamten Volkes ohne Unterschied des Standes und der Klassen. Diesem Volksheer fehlte der Klassencharakter. Die Soldatenräte aber, die sich aus diesem Heere bildeten, setzen sich ebenfalls aus sehr verschiedenen Elementen zusammen. Bürgerliche stehen neben Sozialpatrioten und Unabhängigen, aber gegen Kommunisten. Die Äußerungen der meisten Soldatenräte lassen denn auch klar erkennen, daß sie gewillt sind, die „Errungenschaften" der Revolution zu sichern, das Fortschreiten der Revolution aber auf dem Wege des proletarischen Klassenkampfes unter allen Umständen zu verhindern. Unter der Schreckformel: Gegen den Bolschewismus! verstecken sie ihre unausgesprochene Feindschaft gegen die proletarische Revolution.

Ganz ähnlich steht es um die Arbeiterräte. Hatte uns der Krieg nicht darüber aufgeklärt, daß die Arbeiterklasse keine homogene Masse mit ganz einheitlichen Interessen und einheitlichem Willen ist? Hatte sich die Sozialdemokratie nicht gespalten? Und war diese Spaltung nicht der Ausdruck der Tatsache, daß innerhalb der Arbeiterklasse verschiedene Schichten mit verschiedenen Interessen vorhanden sind? Haben die Sozialpatrioten um Ebert und Scheidemann nicht die unentwegteste Kriegspolitik getrieben? Waren die Unabhängigen nicht wie ein schwankes Rohr im imperialistischen Weltensturm? und füllten die Vertreter der kommunistischen Politik nicht

die Gefängnisse und Zuchthäuser? Die Arbeiterklasse ist kein einheitliches Ganzes. Sie ist als Ganzes nicht aktionsfähig. Ihre einzelnen Bestandteile gehen in ihren Interessen zu weit auseinander, als daß man sie zu einheitlichen Aktionen zusammenfassen könnte.

Aber auch ein Arbeiterrat, der aus dieser bunten Gefolgschaft hervorgegangen ist, ist nicht aktionsfähig. Sie bilden, da Sozialpatrioten und Unabhängige und Linksradikale in ihnen zusammensitzen, in denen keine praktische Revolutionsarbeit, sondern nur politische Polemik getrieben wird. Die Generalversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte, die in Berlin tagte, hat im großen dasselbe Bild gezeigt, das sich in jedem Orte Deutschlands täglich im kleinen abspiegelt.

Treibende Kräfte.

Der Kapitalismus des mittleren und westlichen Europa hat einen Grad der Reife erlangt, daß seine Überführung in den Sozialismus längst zur historischen Notwendigkeit geworden ist. In Deutschland ganz besonders hat sich die Konzentration des Kapitals, diese ökonomische Vorbedingung für den Sozialismus, während des Krieges zu ganz ungeahnter Höhe gesteigert. Die großen Banken haben alle kleineren Bankunternehmungen aufgesogen, die großen Industriellen haben die kleinen Rivalen verschluckt, die große Landwirtschaft hat die engste Verbindung mit dem Bankkapital vollzogen. Es verging während der letzten Kriegsjahre kein Tag mehr, an dem man nicht von neuen Fusionen las. Die Macht des Kapitals konzentrierte sich von Tag zu Tag mehr in den wenigen Händen der ganz großen Industriellen. Diese Riesenkonzentration des Kapitals hat die neue Regierung der Sozialpatrioten als historisches Erbteil mit übernehmen müssen. Die Sozialpatrioten haben durch ihre Kriegsunterstützung der Kapitalskonzentration Vorschub geleistet. Jetzt ist es ihre Aufgabe, diese Zusammenballung des Kapitals mit den Interessen des rückständigen Teiles der Arbeiterschaft und der proletarisierten Kleinbürgerschichten zu vereinigen: eine Aufgabe, deren Lösung unmöglich ist. Denn Kapitalskonzentration bedeutet höchste Machtentfaltung der ausschlaggebenden Schichten des Bürgertums auf der einen und verstärkte Proletarisierung der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums auf der anderen Seite. Es ist daher kein Zufall, daß die von der Regierung der Sozialpatrioten niedergesetzte Sozialisierungskommission, die zudem zum größten Teil aus Kapitalisten bestand, die Sozialisierung des deutschen Wirtschaftslebens für undurchführbar erklärte. In der Tat, man kann die Sozialisierung nicht durchführen, wenn man die Kapitalskonzentration als stehenden und weiterhin bestehenden Faktor zu behandeln hat. Das heißt, man kann die Interessen weder der Arbeiterklasse noch des Kleinbürgertums auf dem Grunde der hochentwickelten Kapitalskonzentration vertreten. Kapitalskonzentration und Proletarierinteressen sind unvereinbare Gegensätze.

Inzwischen wirken die kapitalistischen Tendenzen fort. Das Prinzip aller kapitalistischen Produktion ist der Profit. Niemals aber ist in den breiten Massen der Bedarf so dringend gewesen, wie gerade jetzt. An dem Widerspruch zwischen Profit und Bedarf wird der Kapitalismus zerschellen. Und der steigende Bedarf der Massen einerseits, die Profitsucht des Kapitals anderseits sind die wesentlichsten Triebkräfte für die Überwindung der bürgerlichen Republik durch die proletarische Revolution.

Um den schweren Konflikten aus dem Wege zu gehen, bemüht sich die sozialpatriotische Regierung um die Herbeiführung eines

Scheinsozialismus. Sie sucht die Staatsmonopole zu fördern und damit einen Staatssozialismus zu etablieren. Allein zum Staatssozialismus ist es bereits zu spät. Der Staatssozialismus setzt eine ganz konzentrierte Staatsgewalt voraus, der er die ökonomische Basis geben soll. Allein die Tatsache, daß die Sozialpatrioten, die politischen Bankerotteure, das Staatsruder in die Hand bekommen haben, beweist, daß die Herrlichkeit des Staates sehr stark ins Wanken geraten ist. Es gibt keine politisch unselbständigeren Kreaturen wie die Sozialpatrioten und ihren unabhängigen Anhang. Ihre politische Macht bedeutet die Ohnmacht des Staates. Der Staat ist unter den Händen der Sozialpatrioten nicht mehr das wuchtige Herrschaftsmittel der Bourgeoisie; andererseits aber hat die revolutionäre Arbeiterklasse die politische Macht noch nicht in die Hand bekommen. In einer solchen Zeit, welche die revolutionären Arbeitermassen bereits in Bewegung sieht, ist kein Boden mehr für den Staatssozialismus, der, eine sehr starke Staatsfaust vorausgesetzt, die große Masse der Arbeiter unter ihren Willen zwingen kann. Zwischen Bourgeoisie und Proletariat ist der Gegensatz unversöhnlich geworden und der Kampf in Fluß gekommen. Die Sozialpatrioten haben sich durch ihre Kriegspolitik vor den Arbeitermassen unheilbar kompromittiert und kompromittieren sich durch ihre Revolutionspolitik von Tag zu Tag mehr. Die alten Staatsgewalten der Bourgeoisie werden gehaßt, die neuen Staatsgewalten der Sozialpatrioten werden verachtet. Beide werden bekämpft. Es ist keine politische Gewalt mehr da, die dem Staatssozialismus auf die Beine helfen könnte. Aber auch ökonomisch ist es für den Staatssozialismus zu spät. Die Konzentration des Kapitals ist zu weit vorgeschritten, als daß ihr durch die Überführung aus den Händen der Privatkapitalisten in die Hände des Staates noch eine erhöhte, vollkommenere Form gegeben werden könnte. Der Ausweg, den die Sozialpatrioten im Staatssozialismus suchen, ist durch die historische Entwicklung verlegt.

So sehen sich die Sozialpatrioten vor unlösbaren Aufgaben. Die kapitalistische Profitmaschinerie geht weiter. Das Heer der Arbeitslosen wächst. An Rohstoffen fehlt es. Die deutsche Valuta sinkt mehr und mehr. Der finanzielle Bankerott steht vor der Tür. Die gepriesene Volksanleihe wird zum Menetekel für die, die sie arrangierten. Die Lebensmittelnot steigt drohend empor. Die Kohlennot kommt hinzu. Das neue Deutschland der Sozialverräter ist ein brodelnder Hexenkessel. Treibende Kräfte, vorwärtstreibende Kräfte auf der ganzen Linie, unten im ökonomischen Unterbau und oben in allen Stockwerken des sozialen und politischen Überbaus. So sind die Massen in Fluß geraten. Wer soll helfen? Wer kann helfen? Hindenburg sitzt im Großen Hauptquartier und ist bald ein Generalissimus ohne Armee. Ludendorff sitzt irgendwo jenseits der Grenze. Mackensen biestert mit Heerestrümmern auf dem Balkan herum und ist dauernd in Gefahr, interniert zu werden. Die deutschen Heerführer sind, einer nach dem anderen, bankerott. Herr Helfferich kann auch nicht helfen. Was soll geschehen! Nur ein rettender Gedanke ist noch da: die Entente! Wenn nur die Entente einmarschieren wollte! Aber sie

kommt nicht. Sie inspiziert in Kiel, sie inspiziert in Wilhelmshaven. Aber von dem brodelnden Hamburg und Bremen hält sie sich fern. Zu Weihnachten wollen die Inspekteure mit ihren Geschwadern daheim sein. Und im Körper der Entente frißt das Geschwür der Interessengegensätze. England und Frankreich wollen Annexionen in Deutschland. Wilson legt sein Veto ein. Er will Deutschland am Leben erhalten, damit der deutsch-englische Gegensatz nicht restlos verschwindet, sondern im japanisch-amerikanischen Gegensatz noch seine Rolle zugunsten der Union spielen wird. Kann die Entente noch helfen? In Frankreich streiken die Arbeiter, in Italien streiken die Arbeiter. Lloyd George muß sich, ein Beweis für den Widerstand der Arbeiter, für die Beseitigung der allgemeinen Wehrpflicht erklären. Aus Amerika kommen Meldungen von umfassender Demobilisierung. Ob wahr oder nicht — jedenfalls ist die Union an den Vorgängen in Südamerika interessiert, die eine Auseinandersetzung der südamerikanischen Staaten unter sich andeuten. Kann die Entente noch helfen? Sie will in Rußland einmarschieren und muß bis zum Frühjahr warten. Wer weiß, was in diesen bewegten Zeitläuften im nächsten Frühjahr zur Tagesordnung der Weltgeschichte steht? Aber mag die Entente helfen oder nicht: in jedem Falle treibt auch sie die Verhältnisse in Deutschland voran. Der Kapitalismus ist reif. Die Massen der Arbeiter erobern sich ihre politische Reife in Massenkämpfen. Für „Ruhe und Ordnung" im kapitalistischen Staate ist es zu spät. Die proletarische Revolution beginnt.

Die proletarische Revolution beginnt.

Die proletarische Revolution beginnt mit den selbständigen Aktionen der Arbeiterklasse. Sie hat sich bereits als Klassenbewegung des Proletariats aus der allgemeinen Volksbewegung vom November losgerungen. Sie manifestiert sich in Massenversammlungen, Massendemonstrationen, Massenstreiks. Sie führte bereits zur Bildung roter Garden. Sie drängt das Bürgertum in die politische Defensive. Sie zermürbt das alte, verfallende Heer noch mehr. Sie demonstriert gegen den sozialpatriotischen Verrat und den unabhängigen Klüngel in den Arbeiterräten. Sie bekämpft den Gedanken der Nationalversammlung und ist bereit, eine tagende Nationalversammlung mit der Tat zu bekämpfen. Sie beginnt sich über das ganze Land zu organisieren. Die proletarischen Massen sind in Bewegung geraten. Sie haben ihre Führung in den Kommunisten und den Spartakusbündlern. Sie wissen, daß der Endkampf zwischen Kapital und Arbeit unmittelbar bevorsteht. Und sie rüsten sich auf diesen Kampf. Sie rüsten fieberhaft.

Die revolutionären Massen sehen die politische Abdankung der Bourgeoisie; sie sehen den politischen Verrat der Sozialpatrioten und sie sehen den politischen Bankerott der Unabhängigen. Ihnen bleibt nichts anderes übrig als die revolutionäre Tat. Der Kampf hat begonnen. Aber er steht noch in seinen Anfängen. Die Massen, deren Lage durch die Not der Zeit bis zur Unerträglichkeit gesteigert wird, sehen nur noch den einen Ausweg: Sozialisierung, Sozialisierung um jeden Preis. Die proletarische Revolution hat begonnen. Schon die nächsten Wochen können Entscheidungen bringen.

MTH 2593

END OF
TITLE